

Positive Bilanz nach drei Regierungsjahren:

Der Kurs unserer Politik stimmt

Aus der Pressekonferenz von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 6. März 1986

Heute vor drei Jahren haben die Wähler der Koalition aus CDU, CSU und FDP einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Die von mir geführte Bundesregierung hat – gestützt auf dieses Mandat – eine grundlegende Neuorientierung deutscher Politik eingeleitet, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 6. März 1986.

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** weiß längst wieder jeder, woran er mit uns ist. Wir haben entscheidende Beiträge zur Stabilität des Bündnisses geleistet. Nach Belgien haben jetzt auch die Niederlande der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses endgültig zugestimmt. Dazu wäre es ohne unsere Standfestigkeit kaum gekommen.

Aus unserem eindeutigen Standort im Bündnis heraus haben wir dem Ost-West-Dialog wichtige Impulse gegeben; unsere Nachbarn im Osten wissen das und respektieren uns.

In den **Beziehungen zur DDR** haben wir beachtliche Fortschritte zum Wohl der Menschen erreicht. Wir haben dafür unsere Grundsätze nicht aufgegeben. Vielmehr ist das Bewußtsein der Menschen für die Einheit der Nation neu gefestigt. Am Freitag nächster Woche werde ich vor dem Deutschen Bundestag darüber ausführlich berichten.

Die **Europäische Gemeinschaft** hat seit dem Stuttgarter Gipfel Stagnation und Krise überwunden. Das Reformwerk ist im Gange, wir haben das Tor zur Europäischen Union weiter geöffnet. Daß die Bürger Europas diesen Weg wollen, haben wir kürzlich auch in Dänemark gesehen.

Wir haben in Europa einen tiefgreifenden Bewußtseinswandel beim **Umweltschutz** herbeigeführt. Der Weg für das umweltfreundliche Auto ist frei. Für Anfang Februar 1986 hatte Frankreich zu einer Internationalen Waldschutzkonferenz nach Paris eingeladen. Vor drei Jahren hätte dies kaum jemand für möglich gehalten.

Bis zum Oktober 1982 hatten sich im Umweltschutz aufgrund der jahrelangen Versäumnisse früherer Bundesregierungen eine enorme Menge von Problemen aufgestaut.

Angesichts der Waldschäden haben wir den Maßnahmen zur **Luftreinhaltung** erste Priorität gegeben:

■ Bis 1993 wird der Ausstoß von **Schwefeldioxyd** aus Großfeuerungsanlagen, vor allem aus Kraftwerken, um 75 Prozent gesenkt, die **Stickoxydmissionen** aus diesen Anlagen werden sich um 70 Prozent verringern.

■ Vor einer Woche ist die **Neufassung der Technischen Anleitung Luft** in Kraft getreten, die die Schadstoffgrenzen vor allem in der Industrie erheblich verschärft.

■ In der Bundesrepublik fahren heute schon rund 800 000 **abgasarme Autos**, davon rund 250 000 mit Ottomotoren. Viele Tankstellen sind zügig auf bleifreies Benzin umgerüstet worden — bleifreies Benzin, das die Bundesregierung durch die Senkung der Mineralölsteuer billiger gemacht hat als verbleites Benzin.

Man kann heute feststellen: Die Bundesregierung hat damit praktisch alle vom Sachverständigenrat für Umweltfragen zur Luftreinhaltung im März 1983 geforderten Maßnahmen ergriffen.

Wir machen hier nicht halt, vor allem der **Gewässerschutz** steht noch in dieser Legislaturperiode auf der Tagesordnung. Mit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes und des Abwasserabgabengesetzes werden wir — zusammen mit unseren Vorhaben zur besseren **Abfallverwertung** und zum **Bodenschutz** — die Qualität unserer Umwelt weiter entscheidend verbessern.

Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Auch in der **Agrarpolitik** sind in den 70er Jahren notwendige Korrekturen versäumt worden. Die europäische Agrarpolitik war mehr und mehr in eine Sackgasse geraten. Enorme Probleme hatten sich aufgestaut: hohe und nicht absetzbare Überschüsse und in vielen Betrieben unbefriedigende Einkommen.

Das Allernotwendigste haben wir unverzüglich getan: Wir haben den finanziellen Spielraum der Europäischen Gemeinschaft erhöht, damit die Marktordnungen überhaupt finanziert werden konnten; wir haben für den Milchmarkt eine Garantiemengenregelung einführen müssen, um den Zusammenbruch der Marktordnung zu vermeiden.

Ein sehr schwerer und langwieriger Weg zur **Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik** steht uns bevor.

Dafür sehe ich folgende Grundsätze:

- Die Markt- und Preispolitik muß die wesentliche Grundlage für die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen bilden.
- Deshalb wird eine Politik drastischer Preissenkungen zur Verringerung der Überschußproduktion abgelehnt.
- Mit gezielten Maßnahmen muß eine Sanierung der Märkte herbeigeführt werden. Noch vorhandene Produktions- und Absatzchancen, vor allem auch im industriellen Bereich, müssen stärker als bisher genutzt werden. Die Bundesregierung wird die EG-Kommission auffordern, Möglichkeiten der Flächenstillegung — auch im Interesse des Umwelt- und Naturschutzes — EG-weit zu prüfen.
- Da die Umorientierung und Sanierung der Märkte kurzfristig nicht möglich ist, müssen flankierende Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen ergriffen werden. Hier sind Europäische Gemeinschaft, Bundesregierung und Bundesländer angesprochen. Die Bundesregierung hat die direkten Einkommenshilfen in den von der Natur benachteiligten Gebieten spürbar erhöht.
- In der Agrarsozialpolitik haben wir neue Wege aufgezeigt, wie gezielt geholfen werden kann.
- Im Rahmen der Steuerpolitik sind weitere Entlastungen beschlossen worden, um gezielt bei Entschuldung, Erbgang und Aufgaben von Betrieben helfen zu können.

Das Bundeskabinett wird unsere agrarpolitische Konzeption am 16. April im einzelnen erörtern. Damit werden wir dann in die Brüsseler Beratungen gehen. Wir lassen die Bauern nicht im Stich. Wir wollen eine leistungsfähige deutsche Landwirtschaft und eine sichere Zukunft für unsere bäuerlichen Familienbetriebe.

In der **Rechts- und Innenpolitik** hatte sich die Bundesregierung 1983 ein umfangreiches Programm vorgenommen. Wir haben dieses Programm mit Beharrlichkeit in praktische Politik umgesetzt. Die Koalition hat sich hier bewährt, gerade weil eine Einigung angesichts unterschiedlicher Ausgangspositionen nicht immer leicht war. Wesentliche Teile stehen schon heute im Bundesgesetzblatt, die Verabschiedung einiger bedeutender Punkte im laufenden Jahr 1986 ist sichergestellt.

Ich nenne nur einige Beispiele:

Den zunehmenden Gewaltakten aus zunächst friedlichen Demonstrationen heraus mußten wir unbedingt entgegenwirken. Dies haben wir mit der Änderung des **Demonstrationsstrafrechts** erreicht.

Nach der Ehrechtsreform von 1977 waren im **Scheidungsfolgenrecht** Ungerechtigkeiten deutlich geworden. Mit einem Gesetz zur Änderung unterhaltsrechtlicher Vorschriften werden wir dem Einzelfall wieder besser gerecht.

Datenschutz statt Täterschutz

Der Bundestag hat vor einer Woche seine Entscheidung zur Einführung neuer **Personalausweise und Pässe** getroffen. Wir haben auch um diese Entscheidung in der Koalition gerungen. Aber auch die SPD sollte sich daran erinnern, daß wir uns nach den Terroranschlägen des Jahres 1977 über alle Parteigrenzen hinweg einig waren, das Problem gefälschter Ausweise mit Entschiedenheit anzugehen. Außerdem haben wir jetzt eine ganze Reihe von Datenschutzbestimmungen in das Ausweisrecht eingefügt, die früher darin nicht enthalten waren.

Auch mit den **noch anstehenden Gesetzesvorhaben** zum Militärischen Abschirmdienst, zur informationellen Zusammenarbeit, zum Bundesdatenschutz, zum Verfassungsschutz und zum zentralen Verkehrsinformationssystem erfüllen wir zuallererst einen Auftrag des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983, in dem ganz präzise gesetzliche Grundlagen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte des Bürgers verlangt wurden.

Bei den **Asylbewerbern** haben wir wieder stark ansteigende Zahlen. Wohlgermerkt: Die Bundesrepublik Deutschland muß ein offenes Land bleiben für Menschen, die aus politischen Gründen verfolgt werden. Aber gerade um diesen Menschen wirksam Schutz gewähren zu können, müssen

wir den Zustrom von solchen Asylbewerbern eindämmen, die aus einer wirtschaftlichen Notsituation heraus zu uns kommen wollen — so sehr wir auch Verständnis für diese Notsituation haben.

Wir wollen deshalb noch in dieser Legislaturperiode die beiden Novellen des Bundesrates zum Asylverfahrensrecht verabschieden. Aber auch in Zukunft werden wir alles tun, um das eigentliche Asylrecht — wie es die Väter des Grundgesetzes verstanden haben — zu verteidigen.

Die **deutsche Wirtschaft** zeigt heute ein ungewöhnlich günstiges Bild und zugleich ermutigende Zukunftsperspektiven.

Wachstum, Preise, Investitionen, privater Verbrauch, Beschäftigung — alle Indikatoren bestätigen eine **stabile, dauerhafte Aufwärtsentwicklung**, die auch im Ausland auf breite Anerkennung stößt.

Weltmeister in der Preisstabilität

Bei der **Preisstabilität** haben wir im Februar mit 0,7 Prozent eine neue Rekordmarke erreicht — Stabilität, die in erster Linie für Bezieher kleiner Einkommen, vor allem auch für die Rentner, einen spürbaren Zugewinn an Kaufkraft bedeutet.

Manche wollen heute glauben machen, hier seien wir nur die Nutznießer eines niedrigeren Ölpreises und des gesunkenen Dollarkurses. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß die Preissteigerungsrate seit meinem Amtsantritt kontinuierlich sinkt — unabhängig davon, ob der Dollar etwa 2,30 DM kostet wie heute, oder 3,30 DM wie vor einem Jahr. Das liegt vor allem an unserer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik.

Die umfassende Trendumkehr unserer Wirtschaftsentwicklung ist erreicht worden, weil wir wichtige, **entscheidende Rahmenbedingungen neu gestaltet** haben:

Ich nenne:

- Gesundung der Staatsfinanzen,
- Reduzierung der Steuerbelastung,
- mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.

Es geht um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf

Zu den wichtigen Rahmenbedingungen einer Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine **funktionierende Tarifautonomie**. Tarifautonomie bedeutet, daß

Arbeitgeber und Gewerkschaften unabhängig vom Staat und ohne jede staatliche Einflußnahme über Löhne, Arbeitszeit und alle damit zusammenhängenden Fragen entscheiden. Grundvoraussetzung dafür sind die Waffengleichheit der Tarifpartner und die Neutralität des Staates im Arbeitskampf.

Nur so ist sichergestellt, daß Dauer und Intensität eines Arbeitskampfes tatsächlich von den Interessen und der Risikobereitschaft der unmittelbar Beteiligten bestimmt werden.

Beides — die Neutralität des Staates und die Waffengleichheit der Tarifpartner — ist durch die Arbeitskämpferfahrungen des Jahres 1984 in Frage gestellt worden. Wenn wir also die wichtige Rahmenbedingung einer funktionierenden Tarifautonomie sichern wollen, dann besteht hier für den Gesetzgeber zweifellos Handlungsbedarf.

Dies wird auch durch das Urteil des Frankfurter Sozialgerichts aus der vergangenen Woche bestätigt. Denn das Gericht hat nicht nur den sogenannten Franke-Erlaß vom 18. Mai 1984, sondern gleichzeitig auch dessen Rechtsgrundlage, den § 4 der Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit, für rechtswidrig erklärt. § 4 der Neutralitätsanordnung, wonach bei „Art und Umfang gleichen Forderungen“ keine Leistungen der Bundesanstalt zu zahlen sind, werde von der Ermächtigungsgrundlage des § 116 AFG nicht gedeckt. Sie sei daher rechtswidrig. Dies bedeutet, daß § 116 AFG nicht so bleiben kann, wie er ist.

Wir wissen, wie wichtig freie Gewerkschaften für unsere freiheitliche Gesellschaft sind. Wir stehen zum Streikrecht und lassen daran nicht rütteln. Aber im Arbeitskampf darf sich der Staat weder auf die Seite der Arbeitgeber noch auf die der Gewerkschaften schlagen. Nur darum geht es bei der Gesetzesänderung: um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf.

Es geht eben nicht um das Streikrecht, und ich finde es schlimm, wie hier der gute Glaube vieler Arbeitnehmer mißbraucht worden ist. Außerdem: Wer das Streikrecht verteidigt, muß seine Grenzen achten.

Mehr Sachlichkeit in der Auseinandersetzung ist auch ein Gebot der Fairneß, und ich wünsche mir, daß die Offenheit der Bundesregierung für Gespräche von den Tarifpartnern erwidert wird. Wir bleiben jederzeit aufgeschlossen für Verbesserungsvorschläge, doch wir werden handeln, weil wir handeln müssen. Dabei würden wir auch heute noch eine Lösung im Konsens vorziehen.

Zahl der Beschäftigten nimmt zu

Überhaupt wäre es gut — und ich unterstreiche das ganz bewußt in diesem Jahr vor der Bundestagswahl — , wenn Tarifpartner und politisch Verantwortliche zu mehr Gemeinsamkeit fänden. Das gilt besonders im Blick auf das wichtigste innenpolitische Problem: die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit.

Geburtenstarke Jahrgänge und das zunehmende Interesse der Frauen an einer Berufstätigkeit führen dazu, daß es beim Abbau der Arbeitslosigkeit erheblich langsamer vorangeht als bei der Zunahme der Beschäftigung.

Dort — bei der **Beschäftigung** — verzeichnen wir heute gegenüber dem Tiefstand von Ende 1983 einen Zuwachs von 350 000 Arbeitsplätzen. Für 1986 erwarten die Fachleute noch einmal 300 000 oder mehr neue Arbeitsplätze — zusammen also mehr als 600 000.

Wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland bei unserer konsequenten Wirtschaftspolitik bleiben, wird sich das immer deutlicher auf die Beschäftigungslage und den Arbeitsmarkt auswirken. Dieser Trend wird durch die demographische Entwicklung in den kommenden Jahren noch verstärkt. Das entbindet uns alle — gerade auch die Tarifpartner — heute nicht von der aktuellen Verantwortung für jene, die heute Arbeit suchen.

Dabei sollten wir beherzigen, daß sich die Probleme im Geist der Partnerschaft am besten lösen lassen.

Mit Blick auf die vor uns liegenden Jahre halte ich es für besonders wichtig, daß wir in der nächsten Legislaturperiode zu einer echten **Steuerreform** kommen. Unser Ziel ist dabei der linear-progressive Einkommenstarif, das heißt eine spürbare Steuerentlastung für breite Arbeitnehmerschichten. Wie schnell dieses Ziel verwirklicht werden kann, wird maßgeblich vom Umfang des erreichbaren Subventionsabbaus abhängen. Diese Diskussion werden wir unmittelbar nach der nächsten Bundestagswahl führen.

Dies gilt auch für ein weiteres zentrales Thema — die **Sozialversicherung**.

Im **Gesundheitswesen** muß eine Stabilisierung der Kostenentwicklung erreicht werden; denn die beste Steuerreform nützt nichts, wenn sie gleichzeitig durch höhere Krankenkassenbeiträge wieder in Frage gestellt wird.

Die Renten sind wieder sicher

Entscheidende Bedeutung kommt darüber hinaus der Strukturreform der **Rentenversicherung** zu. Hier haben wir in den letzten Jahren durch sicher

zunächst nicht populäre Eingriffe erreicht, daß die Renten heute wieder sicher sind.

In der nächsten Legislaturperiode geht es darum, die Rentenversicherung auf eine längerfristig tragfähige Grundlage zu stellen. Erste Schritte hierzu haben wir bereits unternommen. Ich erinnere an die engere Regelung für den Zugang zur Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente sowie an die Einführung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner.

Hinter dieser Strukturreform der Rentenversicherung steht eine Veränderung, die m. E. überhaupt in den kommenden Jahren zur zentralen Herausforderung auf praktisch allen Feldern der Politik werden wird. Ich meine die Auswirkungen der **demographischen Entwicklung**, also des dramatischen Geburtenrückgangs und des Anstiegs des Anteils der älteren Bevölkerung.

Ohne dies hier vertiefen zu können, möchte ich doch darauf hinweisen, daß viele Mitbürger und auch große Teile der Öffentlichkeit erst langsam zu erkennen beginnen, welche tiefgreifenden Veränderungen und Umstellungen hier auf uns zukommen — und zwar in einer bereits sehr absehbaren Zukunft.

Durchbruch in der Familienpolitik

Eine wichtige Antwort hierauf haben wir bereits gegeben, und zwar in der **Familienpolitik**.

Wir haben nicht nur ein Familienpaket von rd. 10 Mrd. DM auf den Weg gebracht. Wir haben vor allem erreicht, daß die Familie in unserer Gesellschaft Schritt für Schritt wieder aus ihrer Abseitsstellung herausgeführt worden ist. Dies ist zwar auch eine Frage materieller Bedingungen, in erster Linie aber eine Frage veränderter Haltungen und Einstellungen in weiten Teilen unserer Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, in der Familie und Kinder keinen angemessenen Platz einnehmen, kann kaum mit Zuversicht nach vorn schauen, kann nicht mit Engagement die **Gestaltung der eigenen Zukunft** in Angriff nehmen. Alle Umfragen zeigen, daß wir in diesem zentralen Punkt eine Trendwende erreicht haben — noch nicht in ausreichendem Umfang, aber wir sind auf dem richtigen Weg.